

Was macht eigentlich Mitteldeutschland mit dem Strukturwandel?

Eine Analyse aus Lausitzer Perspektive

von Carel Carlowitz Mohn

Die vier deutschen Braunkohle-Regionen bereiten sich mit Regionalen Investitionskonzepten auf den Strukturwandel vor. Ein Vergleich der Konzepte für die Lausitz und Mitteldeutschland zeigt bemerkenswerte Unterschiede. Und führt zu der Frage: Wie sinnvoll ist es, wenn sich die beiden ostdeutschen Regionen wechselseitig ignorieren?

In vier Regionen steht derzeit die Frage auf der politischen Agenda, wie man sich bereits heute auf die Zeit nach der Braunkohle vorbereiten soll, wie man Lebensqualität und wirtschaftliche Entwicklung nach dem Ende des fossilen Zeitalters sichern kann.

Mit Blick auf das bevorstehende Ende des Kohlezeitalters hat das Bundeswirtschaftsministerium bereits in der vergangenen Legislaturperiode damit begonnen, die vier deutschen Braunkohleregionen im Rheinland, bei Helmstedt, in Mitteldeutschland und in der Lausitz bei ihrer künftigen Strukturentwicklung zu unterstützen. Das Bundeswirtschaftsministerium vermeidet es hierbei zwar, den Begriff „Kohleausstieg“ zu erwähnen, stellt mit seinem Modellvorhaben „Unternehmen Revier“ allerdings einen klaren Bezug zu dem im November 2016 vom Bundeskabinett beschlossenen Klimaschutzplan 2050 her. Dieser sieht vor, die Emissionen der gesamten Energiewirtschaft bis 2030 zu halbieren.

Auch wenn die vier Regionen in recht unterschiedlichen Stadien des Ausstiegsprozesses sind: Sie alle haben mit regionalen Entwicklungsgesellschaften inzwischen Strukturen etabliert, die die regionale Neuausrichtung vorantreiben und gestalten sollen. Inzwischen liegen auch erste Regionale Investitionskonzepte vor, die auf der Website des [Bundeswirtschaftsministeriums](#) nachzulesen sind. Diese Konzepte sind noch kein allumfassender Fahrplan zur Bewältigung des Strukturwandels. Und sie spiegeln überwiegend die Einschätzungen von Kommunalpolitikern, Unternehmen, Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften, ohne sich auf einen breiten Konsens der jeweiligen regionalen Bürgerschaft stützen zu können. Aber sie stellen doch einen ersten, von wichtigen Akteuren in den vier Regionen erarbeiteten Aufschlag dar und bilden damit einen konzeptionellen Rahmen, der den weiteren Weg mitbestimmen wird.

Die vier unterschiedlichen regionalen Ansätze sind eine große Chance voneinander zu lernen

Ein Vergleich dieser vier Regionalen Investitionskonzepte ist deshalb überaus aufschlussreich. Zu sehen, wie man in den jeweils anderen Regionen mit dieser Zukunftsaufgabe umgeht, kann jeder einzelnen der betroffenen Regionen wichtige Anregungen für wechselseitiges Lernen und gegenseitige Befruchtung geben. Für die Lausitz besonders interessant ist dabei ein Blick auf Mitteldeutschland, denn bei allen Unterschieden im Einzelnen weisen diese beiden ostdeutschen Regionen doch wichtige Gemeinsamkeiten auf:

- Beide hatten den Strukturbruch nach dem Ende der DDR zu bewältigen, in beiden Regionen sind bereits rund 90 Prozent der früheren Braunkohle-Arbeitsplätze verschwunden.
- Beide Regionen sind bis heute dennoch wichtige Industriestandorte geblieben, in beiden Fällen jeweils mit der chemischen Industrie als einer zentralen Branche.
- Sowohl das Lausitzer als auch die in Mitteldeutschland vom Braunkohlebergbau betroffene Region weisen zudem vergleichbare Strukturdaten auf: Beide sind stark von Abwanderung und einem teils drastischen Bevölkerungsrückgang betroffen, in beiden Regionen liegt das durchschnittliche Einkommen teils sehr deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Und in beiden Regionen sind forschungs- und innovationsstarke Unternehmen vergleichsweise schwach vertreten.

Vor diesem Hintergrund liegt es auf der Hand, sich vergleichend anzusehen, wie die für die Wirtschaftsentwicklung maßgeblichen Akteure in diesen beiden Regionen ausweislich ihrer Regionalen Investitionskonzepte die anstehenden Aufgaben einordnen.

Ein Vergleich der von der *Metropolregion Mitteldeutschland Management GmbH* und der *Wirtschaftsregion Lausitz GmbH* vorgelegten Konzepte bringt dabei interessante Gemeinsamkeiten aber auch bemerkenswerte Unterschiede zutage. So erfreut das [mitteldeutsche Konzept](#) beispielsweise mit dem erfrischenden Bekenntnis „Genuss durch vernetzte Attraktivität“ zum Treiber eines positiven Strukturwandels machen zu wollen.¹ Zudem verweist es darauf, dass „die Attraktivität einer Region im Sinne von Lebensqualität zu den weichen Standortfaktoren für die wirtschaftliche Entwicklung [gehört].“²

¹ Metropolregion Mitteldeutschland GmbH: Regionales Investitionskonzept Innovationsregion Mitteldeutschland, Fassung vom 18.12.2017, Zusammenfassung, S. I

² ebenda, S. 10

Dies setzt sich bei der äußerlichen Gestaltung fort: Mit einer knappen, übersichtlichen und klar strukturierten Aufmachung scheint es sich vorrangig an eine breite, an der regionalen Entwicklung interessierte Öffentlichkeit zu richten. Im Vergleich der formalen Gestaltung ist das [Lausitz-Konzept](#) hingegen eher von einem verwaltungstechnisch gefärbten, zum Teil ausgesprochen schwierig zu durchdringenden Wirtschaftsförderungs-Vokabular geprägt.

Bürgerbeteiligung: Schon geschehen und keiner hat's gemerkt?

Deutliche Unterschiede gibt es auch mit Blick auf die Bürgerbeteiligung und die Einbindung der Zivilgesellschaft. Dieser Aspekt ist nicht zuletzt deshalb von so zentraler Bedeutung, als von dem Strukturwandel in den Kohleausstiegsregionen ja nicht nur Unternehmen, Gewerkschaften und Kammern betroffen sein werden, sondern die ganze Bandbreite der Gesellschaft – von Sportvereinen und Kultureinrichtungen bis hin zu Medien, Stiftungen, Kirchen oder NGOs. Hinzukommt, dass sich gerade Kirchen und Umwelt-NGOs seit Jahren intensiv und hartnäckig mit dem Thema Braunkohle auseinandersetzen. Diese teils unbequemen, in aller Regel aber hoch engagierten und kompetenten Akteure fordern seit langem eine Vorbereitung auf „die Zeit danach“ und haben hierfür teils auch eigene konkrete Ideen entwickelt. Sie aus der Arbeit an den Investitionskonzepten, aus Beiräten und Diskussionsrunden der sich formierenden Regionalentwicklungsgesellschaften herauszuhalten, mag manch unbequeme Debatte vermeiden – klug wäre es nicht.

Für eine enge Einbindung und Beteiligung der Zivilgesellschaft sprechen übrigens auch handfeste ökonomische Argumente. Denn die immer wichtiger werdenden „weichen“ Standortfaktoren einer Region wie das Kulturangebot, die Vielfalt an Sportvereinen, Freizeitmöglichkeiten sind entscheidend für die Lebensqualität. Immer stärker entscheidet das kreativ-dynamische Potential einer Region über Da-Bleiben, Rückkehren, Investieren oder den Zuzug von Neubürgern und qualifizierten Arbeitskräften.

Tatsächlich wird die Beteiligung der Zivilgesellschaft in beiden Konzepten an prominenter Stelle erwähnt. So heißt es in dem Mitteldeutschland-Papier in bemerkenswerter Klarheit: „...die strategische Ausrichtung der Region unter dem Aspekt des Strukturwandels [ist] nicht abschließend definiert und der dazu vorgesehene Partizipationsprozess erst mit einem Teil der Akteure gestartet“.³ Soll offenbar heißen: Bisher konnten wir alle Beteiligten noch nicht so umfassend einbinden, wie wir uns das für die Zukunft vorgenommen haben.

³ ebenda, S. 6, Hervorhebung durch den Autor.

Anders das Lausitz-Papier, das zwar einerseits künftige offene Beteiligungsverfahren ankündigt.⁴ Andererseits verweist es aber mehrfach auf ein *bereits erfolgtes umfassendes* Beteiligungsverfahren. Das Investitionskonzept, so muss man das Papier verstehen, sei in transparenten Prozesse erarbeitet worden, um „in interaktiven Diskussionsrunden, Befragungen und weiteren Kommunikationsmöglichkeiten, Ideen, bestehende Projekte, individuelle und regionalspezifische Sichtweisen einzubringen.“⁵

Die Offenheit dieser bisherigen Beteiligungsprozesse, ihre Ausgestaltung als tatsächliche Einbindung der Zivilgesellschaft ist allerdings aus zwei Gründen mit einem deutlichen Fragezeichen zu versehen: Zum einen fanden die in dem Investitionskonzept dargestellten Runden unter dem Dach der *Energieregion Lausitz-Spreewald GmbH* statt, also der Vorgängereinrichtung der *Wirtschaftsregion Lausitz GmbH*, die das Regionale Innovationskonzept verantwortet und veröffentlicht hat. Darauf wird in dem Konzept zwar deutlich hingewiesen. Die Unterscheidung zwischen diesen beiden Trägerorganisationen ist aber dennoch insofern bedeutsam, als die *Energieregion Lausitz-Spreewald GmbH* mit ihren bisherigen Aktivitäten keineswegs dafür stand, die Region gezielt für eine Zeit nach der Kohle vorzubereiten. Ja, man darf sogar behaupten: Die Energieregion Lausitz hat sich bisher stets vehement dafür eingesetzt, einen Kohleausstieg so weit wie möglich hinauszuschieben und bereits den bloßen Begriff tunlichst zu vermeiden. Wie unter diesen Vorzeichen eine engagierte Beteiligung der Öffentlichkeit zu der Frage erfolgt sein soll, wie sich die Region auf eben diese Zeit nach der Kohle vorbereiten kann, bleibt unklar.

Zum anderen sind zu den benannten Dialogveranstaltungen zwar sicherlich zahlreiche Vertreter von Unternehmen, Kammern und Gewerkschaften eingeladen worden. Doch kann man dies wirklich als Bürgerbeteiligung bezeichnen? Nicht eingeladen waren jedenfalls Vertreter von NGOs, Kirchen oder Vereinen wie Lausitzer Perspektiven e.V., die sich seit langem für einen offenen Dialog über die Zukunft der Region und eine aktive Vorbereitung auf den Kohleausstieg einsetzen.

Was ist eigentlich der Grund für den Strukturwandel?

Mehr Klarheit schafft das in Mitteldeutschland erarbeitete Regionale Investitionskonzept auch in Hinblick auf die Frage, warum man sich überhaupt mit dem Strukturwandel in der Region und der Suche nach neuen Entwicklungspfaden beschäftigt. So heißt es dort: „Die mit den Klimaschutzpolitischen Zielen verbundene Energiewende erfordert einen umfassenden Umbau der

⁴ Wirtschaftsregion Lausitz GmbH: Regionales Investitionskonzept (RIK) Lausitz Fassung vom 22.01.2018, S. 11, 47.

⁵ ebenda, S. 3

Energiesysteme in Deutschland. Vor allem die Stromversorgung soll auch künftig weitgehend/vollständig auf regionaler Ebene gewährleistet werden, wenn keine Großkraftwerke auf Basis von Braunkohle mehr betrieben werden dürfen“.⁶ Daraus folgt als Begründung dafür, warum man sich – mit Unterstützung des Bundes – überhaupt der Aufgabe widmet, neue Entwicklungspfade zu erkunden: „Letztlich sollen den Menschen und Unternehmen in der Innovationsregion Mitteldeutschland positive Antworten/Lösungen aufgezeigt werden, wie ein Leben ohne die Braunkohlenutzung in der bisherigen Form künftig aussehen kann“.⁷

Diese nach vorne gewandte Blickrichtung in Mitteldeutschland ist interessanterweise auch bei den ersten für eine Förderung vorgeschlagenen Umsetzungsprojekten festzustellen – genauer gesagt bei den Projekten, die man ausdrücklich nicht fördern will. So heißt es zur Begründung, warum man keinen Förderbedarf für ein "Innovationskonzepts zur stofflichen Nutzung der Braunkohle" sieht, dass zu den Entwicklungszielen für Mitteldeutschland „neue regionalwirtschaftliche Perspektiven jenseits der Braunkohlenutzung“ zählen⁸. Hervorzuheben ist hierbei, dass das in Mitteldeutschland erarbeitete Investitionskonzept zumindest indirekt auf die Unterstützung der beteiligten Landkreise, Kommunen, Wirtschaftsverbände, Kammern und Gewerkschaften bauen kann, gehören all diese Akteure doch zu den Gesellschaftern der *Metropolregion Mitteldeutschland Management GmbH* oder sind in deren Beratungs- und Entscheidungsgremien eingebunden – jener Gesellschaft also, die das Investitionskonzept verantwortet.

Von einer solch klaren Ausrichtung ist das Lausitzer Investitionskonzept weit entfernt. Eine klare Einordnung der anstehenden Strukturveränderung in Hinblick auf den weltweiten beginnenden Ausstieg aus fossilen Energieträgern, das von Deutschland ratifizierte Pariser Klimaabkommen oder die deutschen Klimaziele fehlt. So benennt das Investitionskonzept zwar teilweise recht detaillierte Vorschläge, wie die Region beispielsweise zu einem Leitstandort für Elektromobilität auf der Straße und auf dem Wasser entwickelt werden kann. Doch warum sollten von Elektromobilität, neuen Energiespeichertechnologien oder biogenen Kohlenstoffkreisläufen überzeugte globale Investoren mit diesen Zukunftstechniken ausgerechnet in eine Region gehen, in der maßgebliche Entscheidungsträger die Beendigung des fossilen Zeitalters so lange wie möglich hinauszögern wollen? Wie soll das zusammenpassen?

⁶ Metropolregion Mitteldeutschland, S. 10

⁷ ebenda, S. 7

⁸ ebenda, S. 24

Die Offenheit des Prozesses als Chance nutzen – und an den Investitionskonzepten weiterarbeiten

An dieser Stelle sei betont: Eine große Chance der anstehenden Entwicklungsprozesse in der Lausitz wie in Mitteldeutschland ist ihre relative Offenheit. Noch besteht die großartige Gelegenheit, die Strukturveränderungen frühzeitig vorzubereiten und eine breite Öffentlichkeit für die Aufgabe zu begeistern, ein von vielen geteiltes Leitbild einer an Lebensqualität, Wohlstand und Gemeinsinn orientierten Region zu entwerfen. Die hier gemachten kritischen Äußerungen sind deshalb auch als Anregung und Hinweis zu verstehen, die unter großem Zeitdruck entstandenen Investitionskonzepte weiterzuentwickeln und bestehende Schwachstellen gezielt anzugehen.

Ein wichtiger Beitrag dazu könnte es sein, wenn die beiden ostdeutschen von der Braunkohle betroffenen Regionen den Blick weiten und auf die jeweils andere Region richten würden. Bislang fehlt dies. Dabei haben beide Regionen so viele Gemeinsamkeiten, stehen bei aller Unterschiedlichkeit vor so ähnlichen Herausforderungen, dass sie von intensivem Erfahrungsaustausch, von Personalaustauschprogrammen, gemeinsamen Zukunftswerkstätten oder kommunalen Partnerschaften nur profitieren können.

Carel C. Mohn ist Stellvertretender Vorsitzender von Lausitzer Perspektiven e.V.